

Wo der Bund nun spart – und wo nicht

Das Parlament hat die epische Debatte über das Entlastungspaket 2027 abgeschlossen, doch der Zank geht nahtlos weiter

FABIAN SCHÄFER, BERN

Das Werk ist vollbracht. Nach einem Kraftakt sondergleichen hat das Parlament das Entlastungspaket 2027 für die Bundesfinanzen im Eiltempo bereinigt. Am Dienstag hat der Nationalrat zum dritten Mal über die Vorlage diskutiert und die letzten zwei Differenzen mit dem Ständerat beseitigt.

Somit steht die Gesamtbilanz fest: Mit den ursprünglichen Vorschlägen des Bundesrats wäre der Haushalt in den kommenden Jahren um 2,4 bis 3,1 Milliarden Franken entlastet worden. Davon sind nach den Debatten im Parlament 1,4 bis 2 Milliarden übrig geblieben. Trotz bürgerlicher Mehrheit hat das Parlament das Paket somit um mehr als ein Drittel schrumpfen lassen. Die Abstriche betragen je nach Jahr 38 bis 42 Prozent. Immer wieder musste Finanzministerin Karin Keller-Sutter in den vergangenen Tagen zuschauen, wie National- und Ständerat etliche Kürzungen verhinderten, abschwächten, verzögerten. Durchgesetzt haben sich zahlreiche gut vernetzte Anspruchsgruppen wie Bauern, Hauseigentümer, Hochschulen oder die Kantone.

Doch das Parlament hat nicht überall nachgegeben. Ein grosser Teil der Kürzungsvorschläge des Bundesrats fand eine Mehrheit. Das Ergebnis verrät einiges über die Bundesberner Prioritäten, wie ein Rückblick auf das milliarden-schwere Hin und Her der letzten Tage zeigt. Das sind die grössten Kürzungen:

■ **Integration von Flüchtlingen:** Der Bund bezahlt den Kantonen Beiträge an die Sozialhilfe und für andere Kosten, die bei der Aufnahme von Asylsuchenden anfallen. Für vorläufig aufgenommene Flüchtlinge wird er diese Gelder künftig nur noch während fünf statt sieben Jahren bezahlen. Mit 440 Millionen Franken im Jahr ist dies die grösste Kürzung im Paket. Die Kantone sehen darin eine reine Lastenverschiebung.

■ **Bundesverwaltung:** Auf Personal und Betrieb entfallen beim Bund 15 Prozent der Gesamtausgaben, zwei Drittel davon für Armee, Rüstung und Grenzschutz. Nun sollen diese Ausgaben weniger rasch wachsen als geplant, vorgesehen ist eine Reduktion um 300 Millionen Franken im Jahr. Die Departemente und Ämter setzen dies primär in Eigenregie um. Unter anderem werden Projekte vertagt, Leistungsprämien gekürzt, Ferientage für Ältere reduziert und Businessclass-Flüge eingeschränkt.

■ **Entwicklungshilfe:** Die jährlichen Ausgaben für die internationale Zusammenarbeit der Schweiz werden bis 2030 bei 2,5 Milliarden Franken eingefroren (inklusive der geplanten Beiträge an die Ukraine). Das entspricht gegenüber der bisherigen Planung einer Reduktion um 230 Millionen Franken. Unter anderem werden Beiträge an Uno-Organisationen gekürzt



ILLUSTRATION PAULINE MARTINET / NZZ

sowie bilaterale Programme in Albanien, Bangladesh und Sambia beendet.

■ **Klimasubventionen:** Der Bundesrat wollte die Zahlungen an Hauseigentümer, die klimafreundliche Investitionen tätigen, stark einschränken, doch das Parlament hat seine Vorschläge weitgehend abgelehnt. Es hat auch die Rückverteilung der CO₂-Abgabe an Bevölkerung und Wirtschaft reduziert, was eine indirekte Steuererhöhung von 120 Millionen Franken im Jahr bewirkt.

■ **Verkehrsfonds:** Der Bund legt jedes Jahr mehrere Milliarden in die Fonds für Eisenbahn und Strasse ein. Nun sollen diese Beträge um je 100 Millionen Franken im Jahr sinken. In der Folge müssen einzelne Ausbauprojekte verschoben werden. Bei der Bahn wollte der Bundesrat doppelt so stark kürzen, was eine Mitte-links-Mehrheit im Parlament verhinderte.

■ **Bildung und Forschung:** Gesamthaft reduziert das Parlament die Beiträge an ETH, Universitäten, Nationalfonds und weitere Posten in diesem Bereich um 260 Millionen Franken im Jahr. Der Bundesrat wollte vor allem bei den kantonalen Unis stärker kürzen. Die Gesamtausgaben für Bildung und Forschung werden vorübergehend bei 9 Milliarden Franken im Jahr eingefroren.

■ **E-Mobilität:** Wenn Transportunternehmen Busse oder Schiffe mit elektri-

schem Antrieb beschaffen, erhalten sie Subventionen. Hier will das Parlament knapp 50 Millionen Franken einsparen; der Bundesrat wollte etwas weiter gehen.

Gesamthaft umfasst das Paket 45 Massnahmen, von denen die kleinsten einige hunderttausend Franken betreffen. Beispielsweise streicht der Bund Sonderzuschüsse für Lokalradios, die in Bergregionen senden, oder halbiert Beiträge an Pilotprojekte im Strafvollzug.

Ebenso aufschlussreich ist jedoch der Blick auf jene Sparvorschläge, die vom Parlament abgelehnt oder abgeschwächt worden sind. Diese Massnahmen hat das Parlament verworfen oder reduziert:

■ **Höhere Steuern bei Kapitalbezügen:** Wer bei der Pensionierung Guthaben aus der zweiten und der dritten Säule als Kapital bezieht, fährt steuerlich oft besser als Personen mit einer Rente. Gemäss dem Bund werden primär grosse Bezüge begünstigt. Der Bundesrat wollte diesen Vorteil reduzieren, was Mehreinnahmen von 190 Millionen Franken bringen sollte. Der Vorschlag hatte nicht den Hauch einer Chance. SVP, FDP, Mitte und GLP sagten Nein.

■ **Landwirtschaft:** Ursprünglich wollte der Bundesrat im Agrarbereich 260 Millionen Franken herausholen. Etwa die Hälfte davon sollte aus Mehreinnahmen bestehen, die bei der Versteigerung von Zollkontingenten angefallen wären. Doch die bürgerliche Mehrheit hat die-

sen Vorschlag ebenso abgelehnt wie die meisten anderen. Die einzige Kürzung, die übrig blieb, wurde um zwei Drittel verkleinert: Sie betrifft die Absatzförderung und umfasst 3,5 Millionen Franken.

■ **Finanzausgleich:** Der Bund bezahlt im Rahmen des nationalen Finanzausgleichs (NFA) unter anderem Beiträge an Kantone, die statistisch höhere Soziallasten tragen, weil bei ihnen relativ viele Arme, Alte und Ausländer leben. Diese Zahlungen wurden vor sechs Jahren erhöht. Seither sind die NFA-Ausgaben generell gestiegen, nun wollte der Bundesrat die fraglichen Zahlungen wieder senken. Unter dem Strich hätte er 70 Millionen Franken gespart. Die Kantone wehrten sich vehement, der Vorschlag blieb chancenlos.

■ **Medien, Kultur, Sport:** Etliche weitere Sparvorschläge wurden nach effizienter Lobbyarbeit versenkt. Im Bereich Medien etwa wollte der Bundesrat das Auslandsangebot der SRG verkleinern und die indirekte Presseförderung kürzen. Es ging um je 20 Millionen Franken. Beide Vorschläge sind gescheitert. Auch die Regionalflughäfen (25 Millionen) und die Sportverbände (17 Millionen) hielten sich schadlos. Deutlich reduziert wurden die Kürzungen im Umweltbereich und beim Tourismus. Auch der Fonds Landschaft Schweiz, der seit 1991 offiziell befristet ist und dennoch immer wieder verlängert wird, entgeht der Abschaffung.

So geht es weiter:

■ **Referendum?** Die Linke spricht sich weiterhin klar gegen das Paket aus. Kurz vor Torschluss haben die Grünen am Montag jedoch den Rückzug angetreten: Sie verzichten auf das mehrfach androhte Referendum. Somit ist nicht mehr mit einer Abstimmung zu rechnen, zumal die SP schon bisher deutlich defensiver unterwegs war. Die Linke ist im Dilemma: Mehr als die Hälfte aller Kürzungen sind nicht mit einer Gesetzesänderung verbunden. Sie könnten auch bei einem Nein an der Urne umgesetzt werden.

■ **Weiter kürzen oder Steuern erhöhen?** Nachdem das Parlament das Paket stark verkleinert hat, drohen laut dem Bundesrat in den kommenden Jahren Defizite von 0,6 bis 1,8 Milliarden Franken. Das ist mit der Schuldenbremse nicht vereinbar. Weitere Spardiskussionen sind bereits in der Budgetdebatte im Dezember 2026 zu erwarten. Der Bundesrat will zudem für die Finanzierung der Armee die Mehrwertsteuer um 0,8 Prozentpunkte erhöhen, was die Konsumenten etwa 3 Milliarden Franken im Jahr kosten würde. Auch für die AHV steht eine Erhöhung von Steuern und Lohnbeiträgen im Raum. Über die höheren Abgaben für die AHV dürfte das Parlament im Juni entscheiden, über jene für die Armee frühestens im Dezember. In beiden Fällen hat das Volk das letzte Wort.

Es bleibt spannend. Oder wie Finanzministerin Karin Keller-Sutter es am Dienstag im Nationalrat ausdrückte: Das Entlastungspaket sei zwar wichtig, aber nur ein Zwischenschritt. «Wir sind mit der Arbeit noch nicht fertig.»

Das Parlament will deutlich weniger kürzen als der Bundesrat

Volumen des Entlastungspakets in Millionen Franken

● Botschaft des Bundesrats
● Beschluss des Parlaments

